

Von: Gabriele Preuß MdEP <d.tekmen=gabriele-preuss.eu@mail74.atl11.rsgsv.net>
im Auftrag von Gabriele Preuß MdEP <d.tekmen@gabriele-preuss.eu>
Gesendet: Mittwoch, 14. Februar 2018 14:47
An: d.tekmen@gabrielepreuss.de
Betreff: Europenachrichten Gabriele Preuß MdEP

Europenachrichten

Februar 2018



Inhalt:

- Was passiert nach dem Brexit mit den britischen Sitzen im EU-Parlament?
 - Parlament stimmt für Reform des Handels von Zertifikaten für CO2-Emissionen
 - Erfolgreiche Gründung des „Sonderausschuss Pestizide“
 - Ein klares Nein zu Geoblocking
 - EU-Förderung auch nach 2020 sicherstellen
-



Wie passiert nach dem Brexit mit den britischen Sitzen im EU-Parlament?

Der Verfassungsausschuss hatte vorgeschlagen, 27 der bislang "britischen Sitze" im Parlament nach dem Brexit für europaweit gewählte Abgeordnete zur Verfügung zu stellen. Dieser Vorschlag wurde Anfang Februar von mehrheitlich rechtsnationalen und konservativen Kräften abgelehnt.

Insbesondere durch die Abgeordneten der CDU / CSU wurden die Wählerinnen und Wähler so um eine zweite Stimme bei den Europawahlen gebracht, mit der alle Europäerinnen und Europäer direkt für die Spitzenkandidaten zum Amt der Kommissionspräsidentschaft hätten stimmen können.

Ich bedauere, dass es so nicht zum möglichen Durchbruch für die europäische Demokratie kommt. Durch die Ablehnung europäischer Wahllisten bestätigen CDU/CSU bestehende Vorurteile gegenüber der EU, unterstreichen ihren Rückzug in nationale Lager und spielen den Anti-Europäern in die Hände.

Während die Europawahlen von Kritikern bislang lediglich als die Summe von getrennten Abstimmungen in den einzelnen Mitgliedstaaten - mit nationalen Regeln, nationalen Wahllisten und nationalen Wahlkämpfen- und somit als Pseudo-Wahlen bezeichnet wurden, hätten Europäische Wahllisten die Europawahlen von diesen Vorurteilen befreit und zur Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit beigetragen.



Parlament stimmt für Reform des Handels von Zertifikaten für CO₂-Emissionen

Da die Emissionszertifikate, die Unternehmen als Ausgleich für verursachte CO₂-Emissionen erwerben können, bzw. bei hohem Wettbewerbsdruck kostenneutral zugeteilt bekommen, bislang nur wenig Anreiz für den Umstieg auf klimafreundliche Technologien und Erneuerbare Energien gaben, hat das Europäische Parlament einer Reform des Emissionshandels zugestimmt.

Insbesondere für die vierte Handelsperiode (ab 2021) sind Maßnahmen vorgesehen, die den EU-Klimaschutz stärken. So sollen Zertifikate teilweise gelöscht oder vorübergehend vom Markt genommen werden, um eine Preissteigerung zu erreichen.

Uns als S&D-Fraktion reicht die Anpassung des Emissionshandels allein jedoch nicht aus. Wenn dieser sich in den kommenden Jahren nicht zu einem geeigneten Mittel entwickelt, werden weitere Maßnahmen unumgänglich sein.

Ich begrüße, dass die verabschiedete Reform einen gewissen Spielraum vorsieht, Industriezweige die im internationalen Wettbewerb stehen, nicht zu überfordern. Diese Ausnahmeregelungen übersteigen damit die Flexibilität des ursprünglichen Kommissionsvorschlages von Mitte 2015.

Nach der nun erfolgten Annahme der Reform der Emissionshandelsrichtlinie im Europäischen Parlament, muss diese noch vom Rat verabschiedet werden.



Erfolgreiche Gründung des „Sonderausschuss Pestizide“

Die Sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament hat sich erfolgreich für die Gründung eines Sonderausschusses zum Genehmigungsverfahren von Pestiziden eingesetzt.

Anfang Februar hat das Plenum über die Besetzung des Ausschusses entschieden, welcher künftig aus insgesamt 30 Europaabgeordneten aller Fraktionen bestehen wird.

Insbesondere die „Monsanto Papers“ und die kontroverse Wiedezulassung des Wirkstoffs Glyphosat haben die Notwendigkeit aufgezeigt, das Genehmigungsverfahren für Pestizide auf den Prüfstand zu stellen.

Es muss gewährleistet sein, dass die europäischen Agenturen Bewertungen von Wirkstoffen auf Grundlage korrekter und unabhängiger Studien vornehmen können. Hierzu ist eine Ausweitung der Investitionen in die europäischen Agenturen und in unabhängige Forschung notwendig.

Wir werden nun prüfen, inwieweit der Handlungsauftrag der Agenturen neu zu definieren ist. Es muss künftig Sorge dafür getragen werden, dass auch die Wirkung von „Wirkstoff-Cocktails“ und ihre Folgen auf Biodiversität und Bestäuber bei der Zulassungsprüfung umfassend miteinbezogen werden.



Ein klares Nein zu Geoblocking

Das Parlament stimme in Straßburg klar für die neue Verordnung und damit gegen Geoblocking in der EU. Derzeit war es Online-Händlern möglich Kunden gezielt daran zu hindern, Waren oder Dienstleistungen über eine Website zu erwerben, deren Standort sich in einem anderen Mitgliedsstaat befand. So konnte der gleiche Mietwagen teurer sein, nur weil aus Deutschland statt aus Frankreich gebucht wurde. Diese Praktiken sind ab Ende 2018 vorbei, denn dann gelten die neuen EU-Vorschriften. Durch die neue Verordnung haben Verbraucherinnen und Verbraucher Zugang zu einem breiteren Angebot von Waren und Dienstleistungen auf dem Online-Markt. Somit verbessern sich die Wahlmöglichkeiten und der Zugang zu Online-Angeboten aus anderen Mitgliedsstaaten wird leichter und zu günstigeren Preisen ermöglicht. Das ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, denn digitale Grenzen sind mit der europäischen Idee nicht vereinbar.



EU-Förderung auch nach 2020 sicherstellen

Die Kohäsionspolitik ist die Hauptinvestitionspolitik der Europäischen Union. Sie richtet sich an alle Regionen und Städte in der Europäischen Union, um die Schaffung neuer Arbeitsplätze, die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, das Wirtschaftswachstum, eine nachhaltige Entwicklung und die Verbesserung der Lebensqualität der EU-Bürger zu fördern. Medienberichten zufolge diskutiert die EU-Kommission derzeit Deutschland und anderen finanziell starken Ländern diese Mittel zu streichen und den Fokus auf die ärmeren Regionen und Länder zu legen. Jedoch ist es äußerst wichtig, dass auch nach 2020 die Förderpolitik der Europäischen Union für alle Mitgliedstaaten erhalten bleibt.

Erst die EU-Strukturförderung zeigt den Bürgerinnen und Bürgern die Vorteile der EU auf und macht diese für jeden in der Region sichtbar. Durch die Förderung der EU konnten viele Projekte umgesetzt werden. Insbesondere Regionen wie das Ruhrgebiet und hier speziell auch mein Betreuungsgebiet haben sich durch die europäische Unterstützung gut entwickelt.

Die Kohäsionspolitik ist nicht nur ein Ausdruck von Solidarität und Zusammenhalt in Europa, sie schafft auch Jobs und hilft aktuelle Herausforderungen zu meistern, wie den Klimawandel, den demografischen Wandel, aber auch die Integration von Flüchtlingen. All das sind Fragen mit denen sich Deutschland, wie auch alle anderen EU-Mitgliedstaaten konfrontiert sieht. Ein Wegfall der europäischen Unterstützung wäre fatal.

Natürlich ist es wichtig, dass ein großer Fokus auf ärmeren Ländern und Regionen liegt. Aber sollten die Mittel für Länder wie Deutschland oder Frankreich komplett gestrichen werden, treibt dies erstens einen Keil innerhalb Europas und zweitens

würden zahlreiche Projekte in unseren Regionen nicht mehr verwirklicht werden können. Aus diesen Gründen ist es notwendig, dass die EU-Förderung auch nach 2020 für alle Mitgliedstaaten sichergestellt ist.



Copyright © 2018

Europabüro Gabriele Preuß

Gabelsbergerstraße 15

45879 Gelsenkirchen

Tel.: 0209. 1799115

Fax.: 0209. 70263348

Herausgeber: Gabriele Preuß (V.i.S.d.P)

© Gabriele Preuß

Unsere E-Mail-Adresse:

europa@gabriele-preuss.eu

Wenn Sie den Newsletter abbestellen wollen kontaktieren Sie uns unter:

europa@gabriele-preuss.eu

Bildquellen:

www.pixabay.com

<http://audiovisual.europarl.europa.eu/>

This email was sent to d.tekmen@gabrielepreuss.de

[why did I get this?](#) [unsubscribe from this list](#) [update subscription preferences](#)

politician · Paulusstraße 45 · Recklinghausen 45657 · Germany

The MailChimp logo is displayed in a white, cursive font inside a grey rounded rectangular box.